

**Haushaltsrede**  
**von Bürgermeister Walther Boecker**  
**zum Haushaltsplanentwurf 2012**  
**in der Sitzung des Rates der Stadt Hürth**  
**am 08.11.2011**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir legen Ihnen heute einen Haushalt vor, mit dem wir weder ins Haushaltssicherungskonzept noch in den Nothaushalt kommen, mit dem wir auch im nächsten Jahr keine Kassenkredite aufnehmen und mit dem wir schwerpunktmäßig im Jugendbereich und in die Bauunterhaltung investieren. Damit Sie diese Feststellung nachvollziehen können möchte ich Ihnen darstellen

- wie wir heute im Vergleich zu anderen Kommunen stehen
- was wir bis heute zur Haushaltssanierung unternommen und erreicht haben
- welchen Anforderungen Dritter wir begegnen und
- welche Schwerpunkte dieser Haushaltsplanentwurf enthält.

Ich möchte Ihnen zunächst die finanzielle Lage der Stadt im Vergleich zu den anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen darstellen. Um ein Gespür dafür zu bekommen, was wir erreicht haben und was noch an Aufgaben in finanzieller Hinsicht vor uns liegt.

Sie wissen sicherlich, dass die Landesregierung im Rahmen des Solidarpaktes zunächst den 34 von 396 Kommunen finanziell helfen will, die überschuldet sind oder die unmittelbar von der Überschuldung bedroht sind. Das sind also die Kommunen, die ihr Eigenkapital verbraucht haben. Wir haben bisher nicht einen Euro unseres Eigenkapitals verbraucht.

Dann gibt es ca. 165 Kommunen, einschließlich der eben genannten 34, die sich in der Haushaltssicherung befinden. Davon haben 138 kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept. Auch da sind wir nicht dabei und dahin werden wir auf der Grundlage des Haushaltsentwurfes 2012 nicht kommen. In den folgenden Jahren könnten wir reinrutschen, wenn wir jetzt Fehler machen und z. B. wieder draufsatteln.

Die nächste Zahl betrifft die kommunalen Kassenkredite. Die Gesamtsumme beträgt zurzeit in Nordrhein-Westfalen über 21 Milliarden Euro. Weit mehr als die Hälfte der Kommunen haben dauerhafte Kassenkredite. Wir in Hürth haben bisher keine und werden auch im nächsten Jahr keine haben.

Am Ende des Haushaltsjahres 2011 werden planmäßig gut 65 % aller Kommunen im kreisangehörigen Raum ihre Ausgleichsrücklage verbraucht haben. Wir in Hürth nicht.

Diese Zahlen und Fakten belegen, dass wir uns unter finanziellen Aspekten durchaus im besseren Drittel in Nordrhein-Westfalen befinden.

Wie kommen wir dazu? Natürlich hat das mit der Einnahmeseite zu tun. Da sind z. B. ordentliche Beträge bei der Einkommens- und Gewerbesteuer. Auch die Einnahmen aus unseren Beteiligungen sind nicht zu verachten. Hier zahlt sich aus, dass wir unser Tafelsilber nicht verkauft haben.

Daneben ist aber entscheidend, dass wir das eingenommene Geld nicht mit vollen Händen wieder ausgeben. Deshalb ist das Sparen in Maßen, wie wir es in Hürth seit vielen Jahren betreiben, von entscheidender Bedeutung. Dabei geht es nicht darum, vorhandene Ausgaben drastisch zurückzufahren, sondern vor allem möglichst keine zusätzlichen freiwilligen Ausgaben oben drauf zu legen.

Wenn wir darüber sprechen, wo wir heute stehen, lohnt sich auch ein Blick auf die Abwicklung des Haushaltes 2011. Das geplante Defizit betrug ca. 7,5 Millionen Euro. Nach heutigem Stand können wir hoffen, dass sich dieses Defizit um 2 Millionen Euro reduziert – und das ohne Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Nach dieser allgemeinen Statusbeschreibung möchte ich mit einigen Beispielen darstellen, wie wir diese Position erreicht haben.

Dazu zählt z. B. konsequentes Sparen wie bei den Deckelbeschlüssen zur Musikschule, der Kulturarbeit, De Bütt und den Personalkosten. Auf Letztere komme ich noch mal gesondert zu sprechen. Diese Deckel haben wir eingehalten und werden das auch im nächsten Jahr schaffen. Auch die Schließung des Lehrschwimmbeckens in Efferen gehört zum Thema Sparen, genauso wie viele andere kleinere Maßnahmen wie z. B. das Verhandeln günstigerer Strompreise für die Stadtwerke und die Stadt.

Aber auch die Erhöhung von Einnahmen und Eintrittspreisen wie z. B. die Nutzungsgebühren für städtische Räume oder die Gewerbesteuererhöhung 2010 haben zur heute besseren Situation unserer Finanzen beigetragen.

Aber wir haben auch Vorschläge nicht umgesetzt, z. B.

- den Löhnerhof zu verkaufen
- das VHS-Gebäude, unsere Ahl Schull zu verkaufen
- das Bürgerhaus zu privatisieren
- unser Schwimmbad „De Bütt“ zu verkaufen.

Dies alles sind Forderungen die seitens der CDU-Fraktion in den letzten zwei Jahren erhoben worden sind. Ich bin froh, dass wir diese Vorschläge nicht umgesetzt haben.

Ich will, dass unsere Stadt lebenswert bleibt, in der wir mit Augenmaß sparen, ohne Strukturen zu zerschlagen.

Auch verwaltungsintern haben wir Dinge verändert, die die Finanzsituation der Stadt positiv beeinflussen werden. Dazu haben wir in diesem Jahr einige Neuorganisationen eingeleitet oder umgesetzt. Dazu gehört natürlich die Neuorganisation des Fachbereiches Planen, Umwelt und Bauen. Ich bin überzeugt, dass dies eine gute Nachfolgeorganisation nach der Ära Franzen sein wird. Herr Franzen ich sage Ihnen heute schon einmal Dank für loyale Zusammenarbeit. Im Januar zu Ihrer Verabschiedung werde ich dies dann noch einmal ausführlicher machen. Aber ich erinnere nochmals an die Motivation für diese Neuorganisation: es ging darum nach außen, aber vor allem auch nach innen deutlich zu machen: Personalkosten sparen muss quer durch alle Personalebene des Rathauses gehen. Ich glaube, im Lichte dieser Entscheidung ist es einfacher, Personaleinsparungen im Rathaus nachvollziehbar umzusetzen. Aber – um das an dieser Stelle einzuflechten: es gibt Grenzen beim Personaleinsparen. Irgendwann funktionieren notwendige Dinge nicht mehr.

Das darf nicht passieren. Wir haben es gerade in den letzten Wochen aus den Medien entnommen, wie sich immer weitergehendes Personaleinsparen auf die Gesundheitssituation der verbleibenden Mitarbeiter auswirkt. In der Kölner Stadtverwaltung ist auf diese Art und Weise ein enorm hoher Krankenstand erreicht worden. Solche Entwicklungen gilt es bei allem Personalkostensparen zu vermeiden.

Eine weitere Neuorganisation war die im Gebäudeamt. Unter neuer Leitung haben wir Anfang 2011 die Schulhausmeister und die Handwerker des Rathauses in diesen Bereich integriert. Das war eine heftige Herausforderung und ich bedanke mich bei allen, die an der Umsetzung mitgewirkt haben. Erste Erfolge zeigen sich bereits, aber es steht noch eine Menge Arbeit an. Und dann haben wir Veränderungen im Jugendamt vorgenommen. Diese waren aufgrund der bekannten Umstände erforderlich und wie wir heute wissen auch erfolgreich.

Enttäuschend war für mich das Ergebnis der externen Untersuchung des Bauordnungsamtes. Dass es dort in geringem Umfang zu viel Personal gab war uns bewusst und ist mit einem hohen Beratungsstandard begründet. Dass wir für diese uns – auch aus der Untersuchung der GPA – bekannte Tatsache fast 30 000 Euro bezahlen mussten, weil diese und andere Organisationsuntersuchungen aus dem Rat gefordert wurden, bestärkt mich in der Ansicht, solchen externen Organisationsuntersuchungen grundsätzlich nicht mehr zuzustimmen.

Meine Damen und Herren,

an vielen Stellen stehen wir beim Thema Haushalt direkt oder indirekt mit Dritten im Diskurs. Zum Beispiel bei der Diskussion im Rahmen des Bürgerhaushaltes, die wir – wenn auch etwas eingeschränkt – auch in diesem Jahr wieder führen werden. Oder die Diskussionen mit den Vereinen zum Thema Nutzungsgebühren oder der Elterninitiative zur Schließung des Lehrschwimmbeckens in Efferen.

Aber auch die Gespräche mit dem AWH sind wichtig und werden ernsthaft geführt. Wenn ich mir die Forderungen des AWH zum Haushaltsplan 2011 anschau kann ich feststellen, dass wir in vielen Punkten gleicher Meinung sind. Und durch das Wirtschaftsforum gibt es heute ein besseres Verständnis des AWH für die wirtschaftliche Situation unserer Stadtwerke.

Sehr interessant ist das Verhältnis zwischen Kreis und Stadt bzw. allen Städten. Und da spreche ich all diejenigen an, die nicht nur Mitglied dieses Rates, sondern auch Mitglieder des Kreistages sind und dort mit ihrer Mehrheit auf einen üppigen Kreishaushaltsentwurf 2011 nochmals ordentlich draufgelegt haben. Ich finde, die zehn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Kreises haben zu Recht kritisiert, dass durch den Kreistag nochmals 540 000 Euro für 18 freiwillige Ausgaben bereit gestellt worden sind. Mit welchem politisch moralischen Recht wollen Sie, die Sie mit diesen zusätzlichen Ausgaben sehr direkt unseren städtischen Haushalt belastet haben, Einsparungen hier vor Ort fordern? Ich finde es passt nicht zusammen, auf Kreisebene massive zusätzliche freiwillige Ausgaben zu beschließen und hier vor Ort den Verkauf kommunaler Infrastruktur zu fordern.

Leider muss ich in diese Kritik an den Hürther Kreistagsmitgliedern aus den Reihen unserer CDU-Fraktion auch unsere Hürther Vertreter von Grünen und FDP mit einbeziehen. Auch sie haben diesen Mehrausgaben im Wesentlichen zugestimmt. Letztlich hat auch die SPD-Fraktion auf Kreisebene zusätzliche freiwillige Ausgaben beantragt. Zum Glück für die Kommunen hatte sich diese damit aber nicht durchsetzen können.

Was man bei diesem Thema zum von der Verwaltung eingebrachten Haushalt auf Kreisebene sagen kann, liegt wohl weniger an dessen kommunal freundlichem Verhalten, als vielmehr an der gegenwärtigen Agonie auf Kreisebene. Man muss sich das mal vor Augen halten: da beschließt der Kreistag einstimmig einen Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zur Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten. Und die Kreisverwaltung antwortet im Kern: dafür haben wir jetzt keine Zeit. Da fällt mir wirklich nichts Positives mehr zu ein.

Mein Eindruck ist, dass in Verwaltung und Politik auf Kreisebene noch nicht verstanden worden ist, wo wir Kommunen finanziell stehen. Ich darf hierzu aus der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zitieren: in § 9 heißt es: „Die Kreise haben ihr Vermögen und ihre Einkünfte so zu verwalten, dass die Kreisfinanzen gesund bleiben. Auf die wirtschaftlichen Kräfte der kreisangehörigen Gemeinden und der Abgabepflichtigen ist Rücksicht zu nehmen“.

Wer diesen Grundsatz so rigoros außer Acht lässt, darf sich nicht wundern, wenn seine Abschaffung immer wieder und immer lauter gefordert wird.

Nun müssen wir Kommunen feststellen, dass der Kreis nicht bereit ist, finanzielle Verbesserungen, die ihn erreichen unmittelbar an die Kommunen weiterzugeben. Das ist so bei den Entlastungen durch die schrittweise Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund. Und das ist so bei den Rückzahlungen des Landschaftsverbandes. Diese Mehreinnahmen des Kreises führen dort zu einer erheblichen Besserstellung, die zwingend in eine Reduzierung der Kreisumlage münden muss. Wir können diese Reduzierung der Kreisumlage heute noch nicht beobachten. Wir wollen sie aber zumindest symbolisch in unserem Haushalt abbilden. Wie Sie sich sicherlich erinnern, haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung für 2013 eine Erhöhung der Grundsteuer eingerechnet. Der Ihnen heute vorgelegte Haushaltsentwurf enthält diese Steuererhöhung weiterhin. Der Kämmerer und ich werden Ihnen mit der 1. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf vorschlagen anstelle der Grundsteuererhöhung, ab 2013 eine Reduzierung der Kreisumlage in unserem Haushalt festzuschreiben. Damit wird dem Umstand erheblicher Mehreinnahmen auf Kreisebene Rechnung getragen. Denn der Bund übernimmt ab 2012 45 %, 2013 75 % und 2014 100 % der Kosten für die Grundsicherung im Alter. Wenn der Kreis dieses Geld nicht für neue freiwillige Ausgaben verfrühstückt, muss er es zur Reduzierung der Kreisumlage einsetzen. Ich bin da in froher Erwartung, dass der Kreis dies mit der Unterstützung der Hürther Kreistagsabgeordneten so umsetzen wird.

Nun aber zu einigen wichtigen Eckdaten, Maßnahmen und Vorschlägen des Haushaltsplanentwurfes 2012.

Theodor Heuss hat einmal gesagt: „Sparen, das ist die goldene Mitte zwischen Geiz und Verschwendung.“

Diese goldene Mitte sollten wir treffen. Der Begriff der hier immer benutzt wird lautet: wir wollen den Haushaltsplan konsolidieren. Was ist das eigentlich, konsolidieren? In der Betriebswirtschaftslehre heißt konsolidieren „die dauerhaft beabsichtigte Senkung von Kosten durch Stilllegung von Produktionskapazitäten“. So möchte ich nicht konsolidieren. Das würde nämlich – auf uns übertragen – bedeuten, wir müssten alles was freiwillig ist einstellen. Abgesehen davon, dass wir dann wichtige Strukturen in unserer Stadt wahrscheinlich unwiederbringlich zerstören würden, würde das auch für einen echten Haushaltsausgleich bei weitem nicht ausreichen.

Konsolidieren in der Finanzwirtschaft führt zu politischen Maßnahmen mit dem Ziel der Änderung der Struktur der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen. Auch diese Erklärung führt nicht wirklich weiter, weil die Strukturen der Ausgaben und Einnahmen in einer Kommune wenig veränderbar sind.

Etwas näher an meine Vorstellung von konsolidieren kommt die folgende Interpretation: eine bestehende Einrichtung stärken oder festigen. In diesem Sinne haben wir den Ihnen vorgelegten Haushalt erarbeitet.

Bei der Aufstellung eines Haushaltsplanes ist es wichtig, sich zunächst mit den finanziellen Rahmenbedingungen zu befassen. Dazu gehören auch die sogenannten Orientierungsdaten des Landes. Diese sind in einem Runderlass des Landes vom 09.09.2011 enthalten. Konservativ, wie der Kämmerer und ich nun mal ausgerichtet sind – natürlich nur bei der Prognose der finanziellen Perspektiven für unsere Stadt – haben wir diese Orientierungsdaten bezüglich der Entwicklung der Steuereinnahmen nicht vollständig in unseren Haushaltsplan übernommen.

So geht das Land z. B. bei der Gewerbesteuer von einem Plus in 2012 von 8 %, für 2013 von 6 % usw. aus. Ähnliches gilt für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Die Personalaufwendungen steigen nach Ansicht des Landes lediglich um 1 %. Wenn der Kämmerer und ich all diese Orientierungsdaten in unseren Haushalt übernommen hätten, würden sich die roten Zahlen in den kommenden Jahren drastisch reduzieren.

Wir haben anders gerechnet. Zum Beispiel bei der Gewerbesteuer. Da haben wir in diesem Jahr einen Ansatz von 39 Millionen Euro, den wir nach heutigem Stand auch in etwa erreichen werden. Bei der Festsetzung dieses Betrages war uns aber klar, dass wir in diesem Jahr eine Sonderzahlung eines Gewerbesteuerzahlers in Höhe von 7 Millionen Euro erhalten würden. Reduziert man die 39 Millionen Euro um diesen Betrag, haben wir eine reguläre Gewerbesteuerereinnahme von 32 Millionen Euro in diesem Jahr. Auf dieser Basis haben wir die für 2012 erwartete Gewerbesteuer auf 34 Millionen Euro festgesetzt. Bei formaler Berücksichtigung der Orientierungsdaten des Landes wären wir auf sage und schreibe 47 Millionen Euro gekommen, eine aus unserer Sicht völlig unrealistische Zahl. Ähnlich verhält es sich bei den Personalkosten. Wir gehen heute nicht davon aus, dass die Tariferhöhungen lediglich 1 % betragen werden und haben, wie in der Vergangenheit auch, diese für 2012 mit 3 % prognostiziert. Wie Sie diesen Ausführungen entnehmen können, ist es also nicht möglich, die Orientierungsdaten des Landes einfach 1 zu 1 zu übernehmen. Es bedarf vielmehr in jeder einzelnen Position einer genauen Überprüfung und Anpassung an die bei uns gegebenen Verhältnisse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

jetzt einige Daten zum Haushaltsentwurf. Das Defizit beträgt 2012 19,8 Millionen Euro, im Jahr 2013 17 Millionen Euro, 2014 15,7 Millionen Euro und in 2015 18,8 Millionen Euro. Bezogen auf die Entwicklung des Eigenkapitals durch die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans bedeutet dies: im Jahr 2012 wird die Ausgleichsrücklage endgültig aufgebraucht. Im Jahr 2013 überschreiten wir die 5 %-Grenze bei der Inanspruchnahme des Eigenkapitals um 276 000 Euro, im Jahr 2014 liegen wir mit knapp 195 000 Euro unter der 5 %-Grenze und im Jahr 2015 wird sie wieder um 3,7 Millionen Euro überschritten. Dies bedeutet, wir kommen nicht ins Haushaltssicherungskonzept, aber wir dürfen nichts mehr drauf legen, sonst passiert es eben doch.

Wie immer spielen die Personalkosten eine ganz wichtige Rolle bei den Aufwendungen. Auch im Jahr 2012 werden wir den Deckel von 25 Millionen Euro einhalten. Für die Zukunft gibt es aber einige Probleme zu berücksichtigen.

Sozusagen doppelt gedeckelt sind die Personalkosten für die Bereiche, die budgetiert sind, also Musikschule, Bürgerhaus und Familienbad. Es wäre zu diskutieren, ob diese Personalkosten nicht auch aus der Deckelung herausgenommen werden sollten, damit innerhalb der Budgets freier gearbeitet werden kann.

Es stellt sich immer wieder die Frage, ob Aufgaben mit eigenem Personal ggf. kostengünstiger durchgeführt werden können oder ob Fremdleistungen im Einzelfall teurer eingekauft werden sollen. Darüber hinaus gibt es Bereiche, in denen ein Personalabbau einen weitaus höheren Einnahmeverlust mit sich bringen würde, z. B. beim Ersatz von Politessen.

Die Personalkosten der Jahre 2012 bis 2015 wurden anhand von Durchschnittswerten der Hürther Stadtverwaltung nach den einzelnen Entgelt- und Besoldungsgruppen berechnet und für die einzelnen Jahre jeweils um 3 % für Besoldungs- und Tariferhöhungen erhöht. Im Jahre 2013 wird unter Berücksichtigung der 3 %-igen jährlichen Steigerung der Personalkostendeckel erstmalig geringfügig überschritten. Ein Einhalten des Deckels für 2014 und die Folgejahre ist ohne drastische Personaleinsparungen aus Sicht der Verwaltung nicht möglich.

Ich will das mit zwei Zahlen belegen. Eine 3 %-ige Personalkostensteigerung macht 750 000 Euro aus. Diese einzusparen bedeutet ca.

15 Mitarbeiter einzusparen. Wenn so etwas Jahr für Jahr umgesetzt wird können Sie sich sicherlich vorstellen, dass da irgendwann eine Grenze der Belastbarkeit der verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überschritten wird. Wir werden aber alles daran setzen, den Deckel auch 2013 noch in etwa einzuhalten, danach wird es aber nicht mehr gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

2012 werden wir kräftig in unsere Gebäude investieren. Ich möchte Ihnen hierzu einige Beispiele aus dem Bereich der Gebäudeunterhaltung nennen:

- Fassaden- und Dachsanierung sowie Erneuerung Bodenbelag Friedrich-Ebert-Realschule **insgesamt 535 000 Euro**
- Sanierung der Heizzentrale, der Schulhofflächen und der Kanalisation an der Bodelschwingschule, **insgesamt 219.000 Euro**
- Sanierung des Schulhofes der Wendelinusschule **260 000 Euro**
- Erneuerung des Bodenbelages der Schulhoffläche und Sanierung der Turnhalle an der Brüder-Grimm-Schule zusammen **270 000 Euro**
- an der Hauptschule Kendenich die Sanierung der Kellerschächte, die Dachsanierung und die WC-Sanierung insgesamt **321 000 Euro**
- Schulzentrum Sudetenstraße – Sanierung Lüftungsanlage und Bodensanierung **gut 200 000 Euro**
- Sanierung des Außenbereiches der Feuer- und Rettungswache **100 000 Euro**
- Fenstererneuerung am Jugendfreizeitzentrum Hermülheim **60 000 Euro.**

Aber auch im Produkt Gebäudeerstellung gibt es einige Investitionen,  
z. B.:

- Anbringung von Jalousien an der Carl-Orff-Schule für **55 000 Euro**
- weitere Mittel für den Bau der Mensen an der Realschule und am ASG in Höhe von **585 000 Euro**
- der Bau von zwei Kindertagesstätten am Marktweg Süd und an der Mühlenstraße mit **2 140 000 Euro**
- die Erneuerung der Heizzentralen an der Friedrich-Ebert-Realschule für **125 000 Euro**
- die Erweiterung der Feuerwache in Gleuel und die Erweiterung für den Rettungsdienst am Sana Krankenhaus mit **insgesamt 605 000 Euro**
- der Einbau eines Aufzuges am ASG mit **170 000 Euro**
- Planungskosten in Höhe von **200 000 Euro** für den Fall, dass im nächsten Jahr der Beschluss zur Einrichtung einer Gesamtschule gefasst wird
- der Bau eines Aufzuges an der Carl-Orff-Schule für **63 000 Euro**

und viele weitere kleinere Maßnahmen.

Für einzelne Projekte, wie die beiden Kindertagesstätten und die Planungsmittel für eine eventuelle Gesamtschule, liegen bisher nur Schätzungen vor. Die notwendigen Berechnungen müssen bis zum Abschluss der Haushaltsplanberatungen noch erstellt werden. Ich gehe aber davon aus, dass dies gelingt. Die heute im Haushaltsplanentwurf genannten Beträge können sich deshalb aber noch ändern.

Insgesamt bin ich überzeugt, dass wir mit diesem ehrgeizigen Bau- und Bauunterhaltungsprogramm eine gute Investition in die Infrastruktur unserer Stadt und da insbesondere unserer Schulen machen.

Zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf erhalten Sie heute auch den Entwurf des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke. Ich möchte darauf nicht im Einzelnen eingehen, das wird Gegenstand der Verwaltungsratsitzung am Donnerstag sein. Für die Bürger sind aber wichtig die Entwicklungen bei den Gebühren. Diese sehen wie folgt aus: es gibt Erhöhungen bei der Schmutzwassergebühr und den Fernwärmeentgelten, konstant bleiben die Gebühren für das Rettungswesen, für die Bestattungen und für das Wasser. Gesenkt werden die Abfallgebühren, die Niederschlagswassergebühr und die Straßenreinigungsgebühr. Die weiteren Einzelheiten werden wir im Verwaltungsrat vorlegen und beraten.

Auch bei der Musikschule und bei De Bütt wird es mäßige Preiserhöhungen geben. Dazu mehr in den entsprechenden Fachausschüssen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die intensiv an der Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfes mitgewirkt haben. Dieser Dank gilt natürlich besonders unserem Kämmerer und seiner Mannschaft in der Kämmerei, die diesen Prozess wieder souverän gesteuert haben.

Ich komme mit folgenden Feststellungen zum Schluss:

- uns geht es finanziell nicht gut, aber besser als ganz vielen anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen
- um diesen Stand zu erreichen haben wir in den vergangenen Jahren sehr viel zur Haushaltskonsolidierung getan
- wir investieren weiterhin in unsere Gebäude und in die Jugend
- wir haben eine gute finanzielle Perspektive, wenn wir nicht drauf satteln.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche gute Beratungen.